Energiepolitik – Weichen stellen für die Zukunft

In der Energiepolitik fordert das Handwerk

- Die Gewährleistung einer sicheren, preisgünstigen und nachhaltigen Energieversorgung
- Ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das für die Wirtschaft transparent den energiepolitischen Kurs der kommenden Jahre aufzeigt. Dies ist Voraussetzung für den Zeitpunkt des Ausstiegs aus der Kernenergie
- Den Verzicht auf energiepolitische Sonderwege. Europa ist mittlerweile so vernetzt, dass ein deutscher Alleingang nicht zielführend wäre
- Ein Anstreben der ökonomischen und ökologischen Ziele mit effizientem Mitteleinsatz
- Eine verlässliche Förderung der Gebäudesanierung auf hohem Niveau
- Eine Förderung erneuerbarer Energien, aber bei laufender Kontrolle der Fördereffizienz
- Keine weitere Belastung über das Erneuerbare Energien Gesetz zulasten der Stromkunden
- Keinen unmittelbar oder mittelbar geförderten Flächenwettbewerb auf Kosten der Nahrungs- und Futtermittelproduktion
- Die Stärkung des Wettbewerbs auf den Energiemärkten
- Die Senkung der Steuer- und Abgabenlast

Eine sichere und kostengünstige Energieversorgung ist ein unverzichtbarer Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Grundlage für ein erfolgreiches Wirtschaften im Handwerk. Auch in Handwerksbetrieben ist Energie ein wichtiger Produktionsfaktor. In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen auf den Energiemärkten grundlegend geändert. Der verschärfte Wettbewerb um knappe Energieressourcen, die Herausforderungen durch den globalen Klimawandel sowie die kritische – teilweise aber auch undifferenzierte – Diskussion über die Kernenergie erfordern eine Neuausrichtung der Energiepolitik. In einem Energiekonzept der Zukunft müssen Versorgungssicherheit, ökologische Nachhaltigkeit und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gleichermaßen Beachtung finden. Schließlich sind der wirtschaftliche Erfolg Bayerns und der erfolgreiche Wandel zu einem der führenden Wirtschaftsstandorte Europas auch auf die erfolgreichen energiepolitischen Weichenstellungen zurückzuführen. Besonders zu beachten ist, dass Deutschland und Bayern in dieser für die Wettbewerbsfähigkeit zentralen Frage nicht isoliert agieren können. Ein energiepolitischer Sonderweg wäre weder ökologisch und ökonomisch sinnvoll noch politisch durchsetzbar. Insbesondere eine enge Abstimmung mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist unverzichtbar.

Energiepolitisches Gesamtkonzept

Deutschland braucht ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das einseitige Abhängigkeiten von einem Energieträger vermeidet, die Kostenbelastung für die Unternehmen so gering wie möglich hält und der Verantwortung Deutschlands für die globalen Herausforderungen gerecht wird.

Aus Sicht des Handwerks ist insbesondere bei einem Ausstieg aus der Atomenergie dringend erforderlich, dass ein klarer Weg aufgezeigt wird, wie eine versorgungssichere und international wettbewerbsfähige Energieversorgung in Zukunft gewährleistet werden kann. Voraussetzung für eine rationale Energiepolitik ist eine klare Benennung der ökonomischen und ökologischen Ziele und eine transparente und unvoreingenommene Analyse, was einzelne Energieträger zur Verwirklichung dieser Ziele beitragen können.

Eine gesicherte und preisgünstige Versorgung mit fossilen Energien oder die Möglichkeiten einer dezentralen Versorgung durch Blockheizkraftwerke müssen dabei ebenso Beachtung finden wie eine sachgerechte Nutzung regenerativer Energien. Auch die Rolle der Atomkraft als Brückentechnologie muss geklärt werden. Ein „Wettrennen“ um einen möglichst schnellen Atomausstieg zu Lasten der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit darf es nicht geben.

Denn auch mögliche Alternativen sind ökologisch nicht unproblematisch. So resultieren aus der verstärkten Nutzung fossiler Energieträger wegen des Ausstoßes von Klimagasen ebenfalls erhebliche Risiken und auch die Nutzung erneuerbarer Energien führt oft zu ökologisch bedenklichen Nebenwirkungen.

Versorgungssicherheit nicht gefährden

Die bayerische Wirtschaft konnte in der Vergangenheit auf eine sehr sichere Energieversorgung vertrauen. Dies muss auch in den kommenden Jahrzehnten gewährleistet werden. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, die Abhängigkeit von einzelnen Energieträgern und von Energieimporten zu begrenzen und die Energieversorgung auf mehrere tragfähige Beine zu stellen. Ernst zu nehmen sind die Warnungen vor Engpässen im Strombereich. Hier darf keinesfalls durch verfehlte politische Weichenstellungen die heimische Versorgung gefährdet und auf Stromimporte aus dem Ausland vertraut werden.

Infrastruktur ausbauen

Sowohl die verstärkte Nutzung regenerativer Energien als auch die Modernisierung des konventionellen Kraftwerkparks setzen hohe Investitionen in die Infrastruktur voraus. Der Ausbau der Windkraft in Deutschland erfordert den Ausbau des Hochspannungs-, aber auch des Verteilnetzes. Nur so kann der in leistungsfähigen Offshore-Kraftwerken an der Küste erzeugte Strom zu den Verbrauchern im Landesinneren, vor allem auch nach Bayern, gelangen. Ferner muss ausreichend konventionelle Kraftwerkskapazität bereit gestellt werden, um die Leistungsschwankungen der regenerativen Energien auszugleichen. Hier muss der Investitionsstau rasch aufgelöst werden. Eine Herausforderung sind ebenso die Entwicklung und der Bau leistungsfähiger Energiespeicher, um die Potentiale der regenerativen Energien voll nutzen zu können.

Steigerung der Energieeffizienz / Gebäudesanierung

Der sparsame Umgang mit Energie dient Wirtschaft und Umwelt gleichermaßen. Viele sinnvolle Chancen, Energie einzusparen und rationeller zu verwenden, bleiben aber nach wie vor ungenutzt. Insbesondere in der energetischen Gebäudesanierung steckt erhebliches Potenzial. Das Handwerk bietet in diesem Bereich maßgeschneiderte Problemlösungen, zum Beispiel durch moderne Wärmedämmungen oder Heizanlagen. Auf den Gebäudebereich entfallen rund 40 % des Endenergieverbrauchs und ein Drittel der CO_2-Emissionen. Der größte Teil des Altbaubestandes ist noch nicht energetisch saniert. Das Bundesbauministerium geht davon aus, dass durch fachgerechtes Sanieren und moderne Gebäudetechnik bis zu 80 % des Energiebedarfs eingespart werden können. Die Bundesregierung strebt deshalb eine Verdoppelung der jährlichen Sanierungsrate von derzeit jährlich etwa 1 % auf 2 % an. Aus Sicht des Handwerks ist sogar eine höhere Rate erforderlich.

Notwendig sind langfristig verlässliche Zielvorgaben, an denen die Fördermaßnahmen orientiert werden müssen. Das Handwerk fordert eine umgehende Anhebung und Verstetigung der Fördermittel für die Gebäudesanierung auf mindestens 2 Mrd. Euro jährlich. Ferner müssen steuerliche Anreize, zum Beispiel eine degressive Abschreibung, zur Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden geschaffen werden. Die Rahmenbedingungen für die Umlage der Sanierungskosten auf Mieter müssen ebenfalls verbessert werden. Aber nicht nur im Gebäudebereich, auch in kleinen und mittleren Unternehmen sind Energieeinsparungen und die Steigerung der Energieeffizienz verstärkt zu unterstützen. Allerdings dürfen die kleinen und mittleren Unternehmen nicht durch zusätzliche Bürokratie oder den faktischen Zwang zur Einführung von Energiemanagementsystemen zusätzlich belastet werden.

Regenerative Energien

Einen steigenden Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Energieversorgung werden in Zukunft die regenerativen Energien leisten müssen. Das Handwerk unterstützt die Förderung der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen. Allerdings dürfen die Ziele einer solchen Förderung nie aus den Augen verloren werden. Diese können nur sein, durch Innovationsanreize den technischen Fortschritt voran zu treiben und die regenerativen Energien möglichst rasch an die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit heranzuführen.

Keinesfalls darf die Förderung zu einer Dauersubventionierung nicht wettbewerbsfähiger Strukturen führen. Dass die derzeitige Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland diesen Anforderungen gerecht wird, muss bezweifelt werden. Dies zeigt insbesondere die Diskussion um die Photovoltaikförderung. Deutschland hat sich mit Hilfe der umfangreichen Förderung trotz klimatischer Nachteile zum führenden Photovoltaikstandort weltweit entwickelt. Deshalb erhöhte sich die Belastung der Stromverbraucher durch die sogenannte EEG-Umlage von 2009 auf 2011 um

knapp 200 % auf 3,5 Cent pro Kilowattstunde. Allein die im Jahr 2009 installierten Anlagen werden über die Förderlaufzeit von 20 Jahren vom Stromkunden mit 14 Mrd. Euro subventioniert. Damit werden bestehende Strukturen gefördert, ohne weitere Anreize für Innovationen zu setzen. Die Energiewende wird ohnehin teuer. Deshalb muss das Geld möglichst effektiv eingesetzt werden. Eine laufende Überprüfung der Fördereffizienz ist dazu unverzichtbar.

Nachwachsende Rohstoffe

Nachwachsende Rohstoffe können insbesondere wegen der Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion nur einen begrenzten Beitrag zum zukünftigen Energiemix leisten. Hier gilt aus Sicht des Handwerks: Der Teller hat Vorrang vor dem Tank. Der Schwerpunkt sollte daher auf die Nutzung von Abfallprodukten aus der Landwirtschaft, zum Beispiel Ausschussgetreide, Stroh, Gülle, und Holzabfälle, sowie auf Abfälle der Lebensmittelproduktion, wie Kleie, Bruchkorn, Altbrot oder Treber, gelegt werden.

Wettbewerb entfalten

Angesichts der Größe der Aufgabe, die eine Energiewende darstellt, muss Wirtschaftlichkeit bei der Verfolgung der Ziele oberste Priorität haben. Deshalb bedarf es dringend der Entfaltung eines funktionierenden Wettbewerbs sowohl zwischen den verschiedenen Energieträgern als auch zwischen den Versorgungsunternehmen. Denn Wettbewerb gewährleistet nicht nur eine effiziente Leistungserbringung, er entfaltet auch Dynamik und Innovationen.

Die Struktur der zukünftigen Energieversorgung kann nicht am Reißbrett entworfen werden, sie kann nur das Ergebnis eines kreativen Suchprozesses und der Auslese im Wettbewerb sein. Auch der Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten funktioniert nach wie vor nur unzureichend. Es sind daher politisch weitere Anstrengungen erforderlich, um diesen zu entfalten. Insbesondere ist ein intensivierter und zügiger Ausbau grenzüberschreitender Netzinfrastrukturen erforderlich.

Grenzen der Belastbarkeit beachten

Ein unkontrollierter Anstieg der Energiepreise wäre besonders für die heimische Wirtschaft nicht verkraftbar. Deshalb muss auch über die politischen Lasten auf die Energiepreise kritisch nachgedacht werden. Schließlich liegt der Anteil von Steuern und Abgaben am Strompreis bei rund 40 %. Keinesfalls dürfen die durch den Sockelbetrag bei der Energie- und Stromsteuer ohnehin diskriminierten kleinen und mittleren Unternehmen zusätzlich benachteiligt werden. Das Handwerk lehnt strikt den Vorschlag ab, dass der Spitzenausgleich bei der Energie- und Stromsteuer nur noch gewährt werden soll, wenn die Betriebe Einsparungen, zum Beispiel durch zertifizierte Energiemanagementsysteme, nachweisen.

Das Handwerk ist auf die von der Politik geschaffenen Rahmen- und Kostenbedingungen am Standort Deutschland als gewissermaßen ortsgebundener Wirtschaftsbereich angewiesen und kann grundsätzlich nicht Produktion an günstigere Standorte verlagern, weshalb alle energiepolitischen Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf Handwerk und Mittelstand zu prüfen sind.

Ansprechpartner

Robert Fleschütz
Telefon 089 5119-117
robert.fleschuetz@hwk-muenchen.de

Impressum

Herausgeber
Bayerischer Handwerkstag e. V.
Präsident Heinrich Traublinger, MdL a. D.
Hauptgeschäftsführer Dr. Lothar Semper
Max-Joseph-Straße 4 · 80333 München
Telefon 089 557501 · Telefax 089 557522
bht@bht-muenchen.de
www.dasbayerischehandwerk.de

ViSdP
Dr. Lothar Semper

Stand
April 2011